

Beschluss Für ein sicheres, gerechtes und demokratisches Berlin – unsere Vorschläge für das Wahlprogramm 2026

Gremium: Landesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 23.03.2025
Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Wir, die Grüne Jugend Berlin, setzen uns im Wahlprogramm Prozess für folgende
2 Forderungen im Themenbereich Inneres ein:

3 Sicherheit

4

5 Sicherheitsbegriff

6 Wir vertreten ein allumfassendes Verständnis von Sicherheit, welches die
7 Berliner*innen in ihrer Lebensrealität abholt. Eine Sicherheitspolitik, die
8 nicht nur Eigentum schützt und sich auf die Polizei beschränkt, sondern eine
9 soziale Sicherheit und das gute Leben für alle zum Ziel hat. Deshalb setzen wir
10 uns für einen sozialen Sicherheitsbegriff im Wahlprogramm ein.

11 Prävention statt Repression

12 Unser Fokus liegt auf der Bekämpfung der sozialen Ursachen von Kriminalität
13 durch präventive Maßnahmen und eine stärkere Bürger*innennähe.

14 Demokratische Kontrolle der Sicherheitsbehörden

15 Wir setzen uns für den Ausbau der Aufsicht über Sicherheitsorgane ein, um
16 Grundrechte zu schützen und unverhältnismäßige Überwachungsmaßnahmen zu
17 verhindern. Dazu gehört auch die Abschaffung der sogenannten
18 „kriminalitätsbelasteten Orte“.

19 Keine Militarisierung der Polizei

20 Es darf keine Ausweitung von Schusswaffeneinsätzen geben, und die Polizei darf
21 nicht weiter militarisiert werden. Stattdessen müssen Deeskalationstrainings
22 verpflichtender Bestandteil der Polizeiausbildung werden. Ergänzend fordern wir
23 eine verpflichtende Fortbildung zum Umgang mit Menschen in psychischen
24 Ausnahmesituationen.

25 Community-basierte Sicherheitskonzepte

26 Wir fördern Ansätze wie Nachbarschaftsmediation, Sozialarbeit und nicht-
27 polizeiliche Sicherheitsstrukturen, um Sicherheit nachhaltig und sozial gerecht
28 zu gestalten.

29 Antidiskriminierungspflicht für Polizei und Sicherheitsbehörden

30 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) muss auch für diskriminierendes
31 Verhalten von Polizei, Behörden und Justiz gelten. Ein Ticketsystem für
32 polizeiliche Kontrollen soll Transparenz schaffen und Racial Profiling
33 verhindern.

34 Unabhängige Antidiskriminierungsstelle für Sicherheitsbehörden

35 Ausbau der unabhängigen Antidiskriminierungsstellen für Sicherheitsbehörden

36 Wir fordern den Ausbau und die Stärkung unabhängiger Polizeibeauftragter.

37 ---

38 Wir fordern eine spezialisierte Beschwerdestelle, die sich mit Diskriminierung
39 innerhalb der Polizei und Justiz befasst.

40 Elektronische Fußfessel als Präventionsmaßnahme gegen häusliche Gewalt

41 Es gibt fast täglich in Deutschland einen Femizid. Wir als Grüne Jugend Berlin
42 stehen für Präventionsmaßnahmen, die wirken und fordern daher die Prüfung der
43 rechtlichen Bedingungen für elektronische Fußfesseln zur Überwachung von Tätern
44 häuslicher Gewalt. Außerdem fordern wir mehr Hilfsmittel für Beratungsstellen
45 und Frauenhäuser.

46 ---

47 **Justiz**

48 **Bessere Justizstrukturen**

49 Um eine effektive und gerechte Rechtsprechung sicherzustellen, müssen die
50 Arbeitsbedingungen und personelle Ausstattung in der Justiz verbessert werden.

51 **Reform der juristischen Ausbildung**

52 Eine Reduktion des Prüfungsstoffs soll die juristische Ausbildung praxisnäher
53 und effizienter machen.

54 **Konsequente Anwendung des Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG)**

55 Diskriminierung muss in allen Bereichen bekämpft werden – das LADG darf nicht
56 nur auf dem Papier existieren.

57 **Entkriminalisierung von Bagatelldelikten**

58 Straftatbestände wie das Fahren ohne Ticket müssen abgeschafft werden. Wir
59 setzen uns für eine Bundesratsinitiative zur Streichung dieser Delikte ein.
60 Solange dies nicht umgesetzt ist, soll Berlin als Eigentümer der BVG auf
61 Strafanzeigen verzichten, wie es andere Kommunen bereits tun.

62 **Reform des Strafbefehlsverfahrens**

63 Strafbefehle sollen nicht mehr gegen Wohnungslose erlassen werden.

64 **Ersatzfreiheitsstrafe abschaffen**

65 Wer eine Geldstrafe nicht zahlen kann, darf nicht ins Gefängnis müssen. Eine
66 Bundesratsinitiative soll die Ersatzfreiheitsstrafe in solchen Fällen beenden,
67 auch zur Entlastung der Berliner Justizvollzugsanstalten.

68

69

70 **Zugang zur Justiz für alle**

71

72 Um mehr Menschen Zugang zu kostenloser Rechtsberatung zu gewähren, braucht es
73 die Erhöhung der Einkommens- und Vermögensgrenzen sowie die Vereinfachung des
74 Antragsverfahrens für die Beratungshilfe. Zudem müssen zivilgesellschaftliche
75 Beratungsangebote stärker gefördert werden.

- 76 Zugang zur Justiz für alle
- 77 Menschen mit geringen finanziellen Mitteln brauchen kostenlosen Rechtsbeistand,
78 insbesondere in Mietsachen, Sozial- und Arbeitsrecht.
- 79 Verbandsklagerecht gegen strukturelle Diskriminierung
- 80 Qualifizierte Organisationen müssen die Möglichkeit erhalten, im Namen von
81 Betroffenen gegen Diskriminierung zu klagen.
- 82 Abschaffung der „Kirchenklausel“ im AGG
- 83 Religiöse Institutionen dürfen nur noch dort von Diskriminierungsschutz
84 ausgenommen sein, wo es unmittelbar mit der zusammenhängt.
- 85
- 86 Situation von Betroffenen sexualisierter Gewalt verbessern
87 Wir prüfen, wie Betroffene sexualisierter Gewalt beispielsweise durch moderne
88 Befragungsmethoden, der Einrichtung spezialisierter Abteilungen innerhalb der
89 Staatsanwaltschaft sowie einer engen Kooperation zwischen Gerichten Justiz,
90 Polizei, medizinischen Einrichtungen und Beratungsstellen besser unterstützt und
91 entlastet werden können.
- 92 ---
- 93 Bürger*innenrechte
- 94 Stärkung der Grundrechte
- 95 Demokratische Teilhabe muss gefördert und staatliche Überwachung begrenzt
96 werden. Wir lehnen Maßnahmen ab, die Grundrechte unverhältnismäßig einschränken.
97 Wir fordern die Aufnahme des Merkmals der sexuellen Identität in Artikel 3 des
98 Grundgesetzes
- 99 Schutz von Whistleblowern und investigativem Journalismus
- 100 Wir setzen uns für besseren Schutz von Menschen ein, die Missstände aufdecken,
101 und stärken die Pressefreiheit.
- 102 Wahlrecht für alle
- 103 Wir fordern die Absenkung des Wahlalters auf 0 Jahre. 16 war ein großer Erfolg,
104 aber nur ein erster Schritt in Richtung Wahlalter 0. Diesem wollen wir einen
105 weiteren Schritt näher kommen und fordern das Wahlrecht ab 12. Wir fordern das
106 Wahlrecht für alle. Dafür wollen wir mit Expert*innen Wege finden, dass auch
107 nicht-deutsche Staatsbürger*innen eine Stimme bei Wahlen abgeben können.
- 108 Repräsentation durch Sorgeberechtigte
- 109 Da Kleinkinder nicht selbst wählen können, sollen Sorgeberechtigte bis zu einem
110 bestimmten Alter das Wahlrecht treuhänderisch ausüben. Sobald ein Kind den
111 Wunsch äußert, selbst zu wählen, soll es sein Stimmrecht übernehmen können.
- 112 Antidiskriminierungsschutz für staatliches Handeln
- 113 Diskriminierungsschutz muss sich auf alle Bereiche der öffentlichen Gewalt
114 erstrecken, nicht nur auf soziale Sicherheit, Bildung und Beamtenverhältnisse.
- 115 Verlängerung der Fristen für Diskriminierungsklagen

116 Gerade in arbeitsrechtlichen Diskriminierungsfällen müssen Betroffene mehr Zeit
117 haben, ihre Rechte durchzusetzen.

118 ---

119 Datenschutz

120 Eine moderne und verlässliche Verwaltung für junge Menschen

121 Erweiterung der Datenschutzrechte

122 Bürger*innen müssen ein starkes Recht auf ihre persönlichen Daten haben,
123 einschließlich des Rechts auf Löschung. Nachrichtendienste und
124 Datenschutzbehörden müssen unabhängig kontrolliert werden.

125 Die Verwaltung und staatliche Behörden sind der direkte Kontaktpunkt von
126 Berliner*innen und der Politik im Alltag. Daraus ergibt sich eine besondere
127 Bedeutung der Verwaltung: Wir haben einen Anspruch auf eine funktionierende und
128 transparente Verwaltung, die unsere Grundrechte wahrt und durchsetzt. Wir wollen
129 eine Verwaltung, die den Menschen und ihren Anliegen dient. Dafür braucht die
130 Verwaltung mehr Personal und Gelder, klar definierte Aufgaben und
131 Zuständigkeiten, wie auch zweckmäßige und grundrechtskonforme Möglichkeiten zur
132 Erhebung, -verwendung, und -verarbeitung von Daten und sie untereinander
133 mitzuteilen. Es ist frustrierend, wenn man für einen neuen Personalausweis oder
134 eine Meldebescheinigung immer noch ewig warten und Urlaub nehmen muss. Politisch
135 engagierte ziehen sich aus ihren Communities zurück, wenn Ämter nur als
136 bürokratische Nein-Sager wahrgenommen werden. Rechtsruck und
137 Politikverdrossenheit haben damit ihre Wurzeln auch in einem Staat, der nicht
138 mit und für die Menschen arbeitet, sondern von oben herab belehrt und bestraft.
139 Die Kürzungspolitik von Schwarz-Rot bedeutet Stillstand und Überforderung in der
140 Verwaltung. Als GRÜNE JUGEND grenzen wir uns davon klar ab: Wir wollen eine
141 moderne, digitale Behörden auf Augenhöhe, die für die Menschen arbeitet, nicht
142 gegen sie.

143 Begrenzung staatlicher Überwachung

144 Wir fordern eine klare Absage an staatliche Überwachungsmaßnahmen die
145 Bürgerinnenrechte mehr schaden als nutzen. Für ein Berlin ohne Videoüberwachung,
146 biometrische Gesichtserkennung oder andere Überwachungstechnologien!
147 Wir denken digitale Sicherheit europäisch, quelloffen und grundrechtsorientiert.
148 Unsere Daten sind nur sicher, wenn wir in Europa diese souverän speichern,
149 verarbeiten und übermitteln können. Dafür braucht es eine demokratische digitale
150 Infrastruktur aus europäischer Hand, die uns schützt vor den Interessen weniger
151 Tech-Bosse und den zunehmenden Angriffen von autoritären Regimes. Diese
152 gemeinsame Infrastruktur erleichtert, Daten zwischen Behörden leichter und
153 sicherer teilen zu können: Das erleichtert Bürger*innen den Behördengang und die
154 Arbeit der Angestellten dieser Behörden und kostet beiden weniger Zeit; zudem
155 demokratisiert und vereinfacht es die Arbeit von Politiker*innen und
156 Aktivist*innen und die Forschung an Universitäten. Wir wollen europäische wie
157 Bundesinitiativen zu OpenSource weiterhin finanziell unterstützen und die
158 fantastische Eigeninitiative und Problemlösungsfähigkeit der OpenSource
159 Community durch öffentliche Ausschreibungen nutzen und fördern. Berlin soll eine
160 Vorreiterrolle bei einer solchen Implementierung und Förderung von OpenSource
161 spielen, denn nur eine demokratische digitale Souveränität kann unsere
162 Freiheitsrechte wahren.

163 Open Source in der Verwaltung

164 Die öffentliche IT-Infrastruktur muss auf Open-Source-Software setzen, um
165 Datenschutz und digitale Souveränität zu gewährleisten. Zudem muss sicher
166 gestellt werden, dass die Maintainer*innen der genutzten Open-Source-Software
167 (OSS) für ihr Engagement angemessen vergütet werden. Neben dem Bund müssen auch
168 die Länder Mittel für die Förderung von Open-Source-Software bereitstellen,
169 durch eine gemeinsame Mitfinanzierung von bereits bestehenden
170 Bundesförderprogrammen wie dem Sovereign Tech Fund. Kurzfristig streben wir an,
171 dass das Land Berlin hier eine Vorreiter*innenrolle übernimmt und gezielt Open-
172 Source-Software finanziell unterstützt. Langfristig sollen alle Bundesländer
173 Open-Source-Projekte strukturell fördern, um digitale Souveränität nachhaltig zu
174 sichern.

175 Schutz vor algorithmischer Diskriminierung

176 Unternehmen und öffentliche Einrichtungen, insbesondere Behörden, müssen
177 offenlegen, wann und wie KI-gestützte Entscheidungsverfahren eingesetzt werden.
178 Sie müssen nachweisen, dass ihre Algorithmen diskriminierungsfrei und DSGVO-
179 konform sind. Sie müssen ferner sicherstellen, dass KI-Arbeitsschritte eine
180 menschliche Kontrolle durchlaufen. Betroffene sind über den Einsatz zu
181 informieren, müssen Widerspruchsmöglichkeiten haben und bei Rechtsverletzungen
182 entschädigt werden. Ein öffentlich einsehbares KI-Register kann Transparenz
183 schaffen und die Kontrolle durch Zivilgesellschaft und Wissenschaft ermöglichen.

184 ---

185 Innenpolitik

186 Antifaschismus und soziale Gerechtigkeit

187 Wir bekämpfen rechte Strukturen und Ideologien aktiv. Sichere Fluchtrouten, eine
188 solidarische Asylpolitik und die Entkriminalisierung von Hausbesetzungen bei
189 Leerstand sind für uns zentrale Anliegen.

190

191 Keine Erleichterung von Abschiebungen

192

193 Wir stellen uns gegen Maßnahmen, die Abschiebungen noch weiter erleichtern
194 sollen. Die zukünftige schwarz-rote Koalition im Bund plant den verpflichtend
195 beigestellten Rechtsbeistand bei drohender Abschiebung abzuschaffen. Der Senat
196 muss diesen deshalb für Verfahren in Berlin einführen. Zudem darf das Land
197 Berlin das Abschiebebegewahrsam nicht weiter ausweiten. Die Sicherheitsbehörden
198 müssen das Kirchenasyl in jedem Fall achten.

199 Antidiskriminierungsbildung als Pflichtprogramm

200 Alle öffentlichen Institutionen müssen verpflichtende Schulungen zu
201 Diskriminierung und Vielfalt durchlaufen.

202 Mehr Kontrolle über staatlich finanzierte Einrichtungen

203 Staatliche Finan-

204 zierung nur mit Diskriminierungsschutz

205 Alle durch öffentliche Gelder geförderten Organisationen müssen dem
206 Antidiskriminierungsrecht unterliegen.

207 Reform des Verfassungsschutzes

208 Wir wollen eine Alternative zum Verfassungsschutz: Entweder eine vollständige
209 Abschaffung oder zumindest eine Trennung in einen geheimdienstlich arbeitenden
210 Teil und ein Institut, das nur mit öffentlichen Quellen arbeitet.

211 Verfassungsschutz abschaffen

212 Wir fordern die Abschaffung des Verfassungsschutzes. Stattdessen soll ein
213 öffentliches Institut, das mit öffentlich verfügbaren Quellen arbeitet, zur
214 Bewertung der Verfassungsfeindlichkeit von Organisationen errichtet werden. In
215 einem ersten Schritt soll dieses neben dem geheimdienstlich arbeitenden Teil des
216 Verfassungsschutzes errichtet werden, um beide Funktion zu trennen.

217 Konsequente Vereinsverbote gegen Rechtsextremismus

218 Rechtsextreme Vereinigungen müssen konsequent verboten werden. Gleichzeitig
219 fordern wir die Beantragung eines AfD-Verbotsverfahrens im Bundesrat.

220

221 Keine Regelabfrage beim Verfassungsschutz

222 Die Wiedereinführung der allgemeinen Regelabfrage beim Verfassungsschutz für
223 alle Bewerber*innen auf eine Verbeamtung lehnen wir ab. Der Nichtzulassung zum
224 Referendariat müssen enge Grenzen gesetzt sein, da diese einem Berufsverbot
225 gleichkommt.

226 ---

227 Beteiligung

228 Politische Teilhabe für alle

229 Mitbestimmungsrechte müssen unabhängig von Herkunft oder Status gefördert
230 werden. Bürger*innenbeteiligungsverfahren sollen hybrid (digital und aufsuchend)
231 ausgebaut und nicht nur auf Bauprojekte beschränkt bleiben.

232 Kinder- und Jugendparlamente in allen Bezirken

233 Alle Bezirke sollen für die Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlamentes
234 Unterstützung erhalten. Diese müssen Rederecht und Antragsrecht in der BVV und
235 allen Ausschüssen erhalten.

236 Klimaräte für Berlin

237 Bürger*innen sollen in Klimaräten über klimapolitische Maßnahmen mitentscheiden,
238 um eine sozial gerechte Klimapolitik sicherzustellen. Für einen weiteren
239 Bürger*innenrat bietet sich das Thema Wärmewende bzw. Dekarbonisierung der
240 Wärmeversorgung an.

241 Bürger*innenhaushalte ausbauen

242 Mehr direkte Mitbestimmung über Finanzmittel auf Kiez- und Bezirksebene sowie
243 ein Ausbau von Schüler*innenhaushalten.